



Niederschrift

8. Plenarsitzung des Gemeinderates
25. März 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 11 der Tagesordnung: Neue Kita Finanzierungssystematik: Dynamisierung des gesamtstädtischen Beitragsniveaus und der Erstkinderzuschüsse Vorlage: 2024/1433

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss – im Rahmen der Dynamisierung der Kita-Finanzierung und der Kita-Förderung folgende in der Anlage 1 und 2 dargestellten Erhöhungen zum 1. September 2025:

1. Das gesamtstädtische Beitragsniveau wird, wie in Ziffer 2 der Anlage 1 dargestellt, angehoben. Entsprechend werden auch die monatlichen Benutzungsentgelte für die Betreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen erhöht.
2. Die maximalen Erstkinderzuschüsse werden entsprechend Ziffer 3 der Anlage 1 angepasst.
3. Die Kostenbeiträge für die Kindertagespflege werden gemäß der Anlage 2 erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1, Satz 1, sowie Ziffer 2 und 3: mehrheitliche Zustimmung (41 Ja, 3 Nein)

Ziffer 1, Satz 2: mehrheitliche Zustimmung (38 Ja, 6 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 19. Februar 2025:

Ich hatte ihnen schon zugesagt, dass ich unter Ziffer 1 die beiden Aspekte getrennt zur Abstimmung aufrufe. So hatten wir uns im Ältestenrat verständigt.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Same procedure as last year, Mr. Lenz, same procedure as every year. Feierlaune kommt nun tatsächlich nicht auf bei dieser Vorlage, weder Familien in Karlsruhe noch die Träger der Kindertageseinrichtung noch wir als Stadtpolitik werden in der jährlich erfolgenden Erhöhung der Kita-Beiträge irgendeine Form von Freude finden.

Wir können auch noch so oft richtigerweise auf die angespannte Haushaltslage der Stadt oder die deutlich steigenden Sach- und Personalkosten in diesem Bereich hinweisen. Der ebenfalls wichtige Hinweis auf den unter anderem von uns hart errungenen politischen Kompromiss, der die Beitragserhöhungen in jedem Jahr deutlich weniger drastisch ausfallen lässt, als sie eigentlich nötig wären, wird bei kaum einer Familie, die diese erneute Zusatzbelastung aus ihrem Einkommen stemmen muss, auch noch irgendwie auf größeres Verständnis stoßen. Auch die hilfreichste Information, nämlich die, dass die Familien weiterhin, also die mit den geringsten Einkommen in der Stadt, in Karlsruhe gar keine oder nur die Hälfte der Beiträge zahlen müssen, kann kaum noch ernsthaft darüber hinwegtäuschen, dass hier etwas aus dem Lot geraten ist, wenn Qualität, Verfügbarkeit und auch der allgemeine Zugang zu frühkindlicher Bildung noch immer zu einem Teil von der finanziellen Leistungsfähigkeit der jeweiligen Kommune und zum anderen Teil von der sozialen Herkunft beziehungsweise vom Familieneinkommen abhängig ist.

Diese Procedure kann also keine Dauereinrichtung sein, sonst würde man auf diese jährlichen Beratungen wohl nur mit Dinner for One und Drinks for Two ertragen können. Es gibt aber auch einen Hoffnungsschimmer oder, wie wir heute gelernt haben, das Licht, dass wir im Dunkeln anzünden oder so ähnlich, dass wir bereits auf dem Weg sind im Arbeitsausschuss des Jugendhilfeausschusses, gemeinsam mit den Trägern diese zugrundeliegende Finanzierungssystematik der städtischen Gebührenordnung grundlegend zu verändern, gerechter auszugestalten in Zukunft, aber auch diese Hoffnungsschimmer wird nicht mehr so arg weit tragen. Wir müssen hier zügig zu Ergebnissen kommen, insbesondere wenn man am Horizont sieht, was in den Haushaltsberatungen auf uns zukommen wird bei diesem Thema. Aller Wahrscheinlichkeit nach muss es mindestens gerechter zugehen in Zukunft, und da können wir einiges noch tun.

Deswegen stimmen wir dieser Vorlage heute zu und wünschen uns allen vorsorglich bereits heute einen guten und einen schnellen Rutsch in eine neue Beitragssystematik, die dann ohne dieses jährliche Procedure auskommt und hoffentlich gerechter sein wird.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch als SPD haben wir uns bereits im öffentlichen Jugendhilfeausschuss positioniert und werden dementsprechend heute der Beschlussvorlage zustimmen. Als Sozialdemokraten haben wir den Wunsch und auch das erklärte Ziel der Beitragsfreiheit von Bildung von Beginn an und dass Bildung auch allen gleichermaßen zugänglich ist. Die Beitragsfreiheit können wir kommunal nicht umsetzen, nicht mit der Finanzausstattung, die wir als Stadt für unsere Aufgaben zur Verfügung haben. Unsere städtischen Bemühungen in Richtung Beitragsfreiheit wurden unter anderem konterkariert durch immer neue Aufgaben ohne die entsprechende Ausstattung von Bund und Land und ein strukturelles Defizit im städtischen Haushalt, das einfach keinen anderen Beschluss zulässt als diesen, den wir heute auch fassen werden.

Aber auch wir sehen natürlich den Bedarf, prinzipiell über Kita-Finanzierung zu diskutieren, daran etwas zu ändern, lieber gründlich als zu schnell. Deswegen führen wir die Diskussion im Arbeitsausschuss Jugendhilfe. Wenn wir heute diesen Beschluss nicht fassen würden, dann würde die Schere zwischen den städtischen und den vielen Trägern der Kindertagesstätten immer weiter auseinandergehen. Da möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, so einen Beschluss können wir heute nicht verweigern. Das wollen wir nicht. Wir sind froh über die Trägerlandschaft, aber wir müssen sie auch in die Lage versetzen, ihrer Aufgabe nachzukommen. Dementsprechend müssen wir heute das gesamtstädtische Beitragsniveau

anheben und den Erstkinderzuschuss entsprechend anpassen. Natürlich würden wir sehr gerne die erforderliche Anhebung noch viel höher städtisch kompensieren, aber das lässt unser Haushalt nicht zu. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, weil wir keine freie Wahl haben, sondern diese Vielfalt und es uns als SPD auch wichtig ist, das Ziel der einheitlichen Beitragsgestaltung nicht aus dem Blick zu verlieren.

Wichtig ist uns auch, noch einmal zu betonen und hier auch klar zum Ausdruck zu bringen, wer es sich nicht leisten kann, dem werden natürlich die Kosten übernommen, und noch einmal den klaren Appell hier zum Ausdruck zu bringen, bitte überprüfen zu lassen bei Unsicherheit, ob die wirtschaftliche Jugendhilfe nicht die Beiträge übernimmt oder zumindest in Teilen übernimmt. Da haben wir weitreichende Befreiung hier als Stadt, die leider immer noch zu wenige in Anspruch nehmen. Wir sind uns sicher, da könnten sehr viel mehr ihre Beiträge reduzieren, die das auch nötig haben.

Wir sind froh auf der anderen Seite, dass wir auch die Geschwisterkind-Regelung haben als Stadt Karlsruhe, dass wir Eltern ermöglichen, bei allen Kosten, die sie zu tragen haben, wenigstens immer nur für ein Kind zu zahlen. Wichtig ist auch der Gesamtblick. Wir liegen mit diesem heutigen Beschluss nicht über, sondern immer noch unter oder knapp unter der Empfehlung der vier Ks, der Kirchen und der kommunalen Landesverbände. Diese Erhöhung ist notwendig, um die Kostensteigerung auszugleichen. Heute werden wir diesen Beschluss fassen, den mein Kollege schon als nicht gerne und nicht gut bezeichnet hat. Dem kann ich mich natürlich voll und ganz anschließen. Trotzdem stimmen wir zu.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Meine zwei Vorredner, Kollegin Melchien und Stadtratskollege Bauer, haben schon die Thematik erläutert, warum wir uns heute wieder damit befassen. Es ist richtig, wir haben einen Einstieg gewagt in ein neues Finanzierungssystem, aber die Realität holt uns jetzt immer in ein paar Schritten wieder zurück. Wir müssen einfach auch diese allgemeine Kostenentwicklung im Blick haben, dass die Schere, wie es auch schon gesagt wurde, nicht weiter auseinandergeht, weil genau gegen die haben wir uns damals eigentlich auch gewandt, weil das Ungleichgewicht der Beiträge in den städtischen Einrichtungen bei den freien Trägern immer weiter auseinandergegangen ist.

Mit der heutigen Erhöhung lehnen wir uns an die Empfehlung der Kirche und der kommunalen Landesverbände an. Das ist wichtig, um auch noch einmal deutlich zu machen, dass es hier ein abgestimmtes Vorgehen in der großen Trägerrunde ist, weil, auch das wurde schon gesagt, wir die spezielle, aber ganz besondere Situation in Karlsruhe haben, dass wir sehr viele unterschiedliche freie Träger haben, was einfach auch unseren Familien die Möglichkeit gibt, hier idealerweise zu entscheiden, für welche Einrichtung sie ihr Kind anmelden.

Ich möchte auch noch einmal drauf eingehen, dass sicherlich in der aktuellen Zeit die Familie sehr herausfordernd ist, wirtschaftlich schwierige Lage, hohe Inflation, viele kämpfen mit Kurzarbeit oder Arbeitsplatzabbau, dass natürlich jede Erhöhung bei Beiträgen die Familien trifft, wir aber in unserer Stadt auch eine tolle Regelung haben, zum einen über die wirtschaftliche Jugendhilfe und auch mit der Geschwisterkind-Regelung. Ich kann es nicht oft genug sagen, dass nahezu 40 Prozent der Kinder durch diese Regelung, die wir haben, beitragsbefreit sind. Das ist wirklich etwas Besonderes, und das ist einfach wichtig, um jetzt nicht wieder in die Diskussion zu kommen, die Beiträge werden zu stark erhöht oder unsere Familien zu sehr belastet. Wir erfahren eher die Rückmeldung aus den Familien, dass

die Familien sagen, sie sind bereit, einen Beitrag zu zahlen in entsprechender Höhe, wenn die Verlässlichkeit in den Einrichtungen stimmt. Das Thema der Betreuungszeiten ist für die Familien aus unserer Sicht mittlerweile viel entscheidender, weil davon auch abhängt, ob man seinem Job richtig nachgehen kann oder ob man gezwungen ist, Arbeitszeiten zu reduzieren, weil die Betreuung nicht gewährleistet ist.

Insofern ganz ausdrücklich von meiner Fraktion auch das Augenmerk, dass wir hier weiter Verbesserungen bringen müssen. Ich kann es auch nicht oft genug sagen, dass wir in der Vergangenheit Mehrfachinitiativen eingebracht haben, um zusätzlich Fachkräfte zu gewinnen, auch fachfremdes Personal mit Bezug zur Kinderbetreuung einzusetzen in den Kitas. Da wollen wir weiterhin auch dran festhalten, um dieses Gesamtpaket wieder stimmig zu machen.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Irgendwie scheinen alle jetzt wieder ein bisschen unzufrieden damit zu sein, über diese Entscheidungen, die nun getroffen werden müssen, aber machen es halt trotzdem. Vorhin wurde gesprochen von gesellschaftlichem Zusammenhalt, und das ist für uns die soziale Sicherheit auch, und die sollte dauerhaft gewährleistet werden und nicht nur zu bestimmten Anlässen. Natürlich gibt es Kostensteigerungen bei Personal-, Sach- und Raumkosten, und das müssen die städtischen Träger auch zahlen. Da muss man hinterherkommen mit einer Lösung. Hier hat auch der Gemeinderat bereits letzten September schon eine Gebührenerhöhung beschlossen. Aber auch schon wie im letzten Jahr wird unsere Fraktion dagegen stimmen, und das aus gutem Grund.

Kitas sind frühkindliche Bildung, die allen zugänglich sein und kostenfrei sein sollte. Das sollte unser Anspruch hier als eines der reichsten Länder sein. Deswegen richten wir den Appell auch an Land und Kommunen, denn die Kommunen müssen bei dieser wichtigen Aufgabe einfach besser unterstützt werden. Es geht nicht, dass wir diese Kita-Gebühren hernehmen, um unseren Haushalt irgendwie auszugleichen. Aus unserer Sicht sind das die falschen Prioritäten schlichtweg, die da gesetzt werden, und das ist auch ein fatales Signal hinsichtlich der Familienfreundlichkeit unserer Stadt. Immerhin, sagen wir, gibt es diese Erstkinderzuschüsse und die Befreiung für Geschwisterkinder, auch die soziale Staffelung. Das sind alles grundsätzlich Sachen, die wir für unabdingbar und auch für unterstützenswert halten. Von daher finden wir das auch gut, dass hier getrennt abgestimmt werden soll. Das sind Schritte auf jeden Fall in die richtige Richtung.

Aber wir denken, am Ende ist es eine Erhöhung, und die merken die Eltern auf jeden Fall in ihrem Geldbeutel, und das bei gleichzeitigen Leistungseinschränkungen zum Beispiel bei den Öffnungszeiten. Da können wir die Elternvertretung auch einfach sehr gut verstehen, dass es nicht sein kann, dass die Haushaltslage auf ihren Schultern ausgetragen wird und sie zur Kasse gebeten werden zum wiederholten Mal. Die Eltern verlieren dadurch auch die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, was natürlich auch zu Einkommenseinbußen führt und letztlich sich auch auf die kommunalen Einnahmen, wie zum Beispiel den Anteil der Einkommensteuer, auswirken wird auf lange Zeit. Frauen werden dadurch auch mitunter in Teilzeit gedrängt und die Gender Care Gap erhöht. Letztlich ist es für uns auch einfach eine Abwärtsspirale, die dadurch in Gang gesetzt wird. Das kann für uns einfach nicht sein, dass man das Geld für Prestigeprojekte aufbringen kann aus irgendwelchen Gründen, aber hier die Kita-Gebühren erhöht werden müssen. Das ist für uns die falsche Logik, und da sollten wir uns als Stadt fragen, sind wir wirklich auch bereit, in unsere Kleinsten und in die Familien zu investieren und das auch als Zukunftsinvestition zu sehen,

genauso wie es vielleicht so ein großes Projekt ist. Wir müssen dringend die Kitastrophe beenden, und das geht nicht nur durch immer weitere Gebührenerhöhung.

Stadträtin Döring (KAL): Auch in diesem Jahr wird die Karlsruher Liste der Erhöhung der monatlichen Benutzungsentgelte für die Kindertageseinrichtungen, die von den Familien zu leisten sind, nicht zustimmen. Same procedure as every year, wir haben es schon gehört. Wir sehen ganz klar, dass die Finanzierung der Kitas in unserer Stadt auf eine gute Basis gestellt werden muss, dass die Zuweisung an städtische Kitas und die daran gekoppelten Leistungen an die freien Träger angehoben werden müssen. Allerdings darf das aus unserer Sicht nicht zulasten der Familien geschehen. Wir sehen die großen finanziellen Belastungen der Kita Träger. Wir sehen auch die immer weiter aufgehende Schere zwischen den städtischen und freien Kita-Trägern bei den Benutzungsentgelten. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich, dass sich die Verwaltung zusammen mit den Trägern und dem Gemeinderat auf den Weg gemacht hat, eine neue Finanzierungssystematik unserer Kita-Landschaft anzugehen. Bis wir hier aber zu einer guten Lösung gefunden haben, wird sich die Karlsruher Liste gegen weitere Erhöhungen der Nutzungsentgelte aussprechen. Deshalb bedanken wir uns, dass Sie unsere Bitte aufgenommen haben, dass die einzelnen Punkte unter Punkt 1 getrennt abgestimmt werden.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Die neue Finanzierungssystematik liegt in ihren letzten Zügen, Gott sei Dank, muss ich sagen. Das wird hoffentlich die letzte Erhöhung in dieser Systematik sein. Zur Erinnerung, wir sind gestartet, um letztlich die beitragsfreie Kita zu haben. Ich habe ganz vergessen, ich spreche auch für die FDP mit und für die Freien Wähler, bitte mit bedenken, genau. Wir sind gestartet mit dem Ziel, die beitragsfreie Kita zu kriegen. Dazu haben wir im ersten Schritt gesagt, die freien Träger und die städtischen Träger, die dürfen maximal 10 Prozent auseinanderliegen. Das heißt für alle, die jetzt sagen, wir dürfen nicht erhöhen, das bedeutet so viel, dass die freien Träger auch nicht erhöhen dürfen. Die pfeifen, ehrlich gesagt, das würde ich so sagen, aus dem letzten Loch. Nur durch unsere Erhöhung ist ihnen möglich, innerhalb dieser Range von 10 Prozent ebenfalls zu erhöhen. Wir binden sie sozusagen an uns. Deswegen sitzen wir mit den freien Kita-Trägern in einem Boot, und wir können nicht sagen, wir erhöhen nicht. Damit sprechen wir manchem freien Kita-Träger auch das Todesurteil. Das dürfen wir nicht vergessen. Diese Systematik ist so, wie sie ist.

Nun sind wir in einer anderen finanziellen Lage, und wir wissen, wir werden die beitragsfreie Kita nicht kriegen, nicht in den nächsten 10 Jahren, nicht in den nächsten 20 Jahren, zumindest nicht städtisch finanziert. Deswegen müssen wir tatsächlich diese neue Systematik erarbeiten. Ob die gerechter wird, das wissen wir nicht. Wir müssen aber eine neue, einfache, für die Eltern, für die Gemeinderäte und für alle nachvollziehbare Systematik bekommen. Das ist mein Anspruch. Dann können wir wieder neu über Kosten sprechen. Ich hoffe auch, dass durch eine neue Systematik auch wieder Träger kommen, die wir vergrault haben aus Karlsruhe. Es gibt Träger, die tatsächlich nicht mehr nach Karlsruhe kommen, die sagen, in Karlsruhe investiere ich nicht mehr, und es hat seinen Grund genau da drin. Deswegen, vielleicht können wir die sogar wieder zurückgewinnen. Das wäre unsere Hoffnung. Wir gehen guten Zeiten, besseren Zeiten entgegen als schlechteren.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Ich möchte nur kurz an den Kollegen Kalmbach anschließen und sagen, wer heute gegen diesen ersten Punkt stimmt, der wird nicht damit erreichen, dass die Kita-Beiträge in Karlsruhe in den allermeisten Kitas nicht steigen, sondern die Kita-

Träger, also die freien Kita-Träger sind genau in diesem Dilemma, dass sie entweder trotz dieser 10 Prozent dieses Beitragskorridors ihre Kita-Beiträge darüber hinaus anheben werden. Das heißt, das wird sicherlich passieren, weil die Alternative haben Sie gerade benannt, sie werden dann wirtschaftlich in den Ruin gehen. Das werden sie nicht tun. Das heißt, das Einzige, was dadurch passiert, ist, dass im städtischen System weniger Geld dafür da ist, zum Beispiel für die Beitragssystematik, die wir haben, die den Familien mit wenig Geld eine beitragsfreie oder teilweise beitragsfreie Kita ermöglicht. Wir werden weniger Geld in diesem System haben und damit auch mehr Kita-Kinder haben, die nicht in den Genuss kommen in Zukunft. Einfach nur, um das einmal klarzustellen, was dieser Beschluss heute bedeutet. Wir müssen an die Systematik ran, das haben Sie passenderweise gesagt, und da sind wir auch dabei. Da laden wir alle Fraktionen ein, sich daran zu beteiligen, damit es nachher gut wird, aber das ist hier nicht das richtige Signal heute.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne ein paar Darstellungen doch noch einmal ausdrücklich für die Verwaltung widersprechen wollen. Wenn man sagt, das ist eine Bildungseinrichtung, dann wäre es eigentlich Aufgabe anderer politischer Ebenen, das zu finanzieren. Wer hier ernsthaft sagt, es ist eine Bildungseinrichtung, der muss sich eigentlich gegen jede kommunale Mitfinanzierung von Kindertagesstätten verwahren, weil das nicht unsere Aufgabe ist. Bildung ist Aufgabe des Landes, und das ist an der Stelle schon ein bisschen unlogisch. Wir tun es trotzdem gerne. Sie haben sich auf den Weg gemacht, beitragsfreie Kindertageseinrichtungen hier in Karlsruhe darstellen zu wollen. Wir haben Ihnen schon mal ausgerechnet, dass wenn man die durchschnittliche Anzahl der Betreuungsstunden pro Tag unterstellt und dann die Kosten für diese Betreuung einmal mit anderen Städten vergleicht, dass wir, glaube ich, selbst gegenüber den Städten, die im engeren Bereich eine beitragsfreie Kita anbieten, immer noch die günstigsten Stundensätze für die Eltern haben. Das vielleicht für alle die, die immer ein schlechtes Gewissen kriegen, weil wir noch keine Beitragsfreiheit für bestimmte Bereiche unserer Betreuung haben.

Und ich verwehr mich auch gegen den Begriff Abwärtsspirale. Wir passen ein Stück weit die steigenden Kosten auch in den Gebühren an. Wir haben es mit Eltern zu tun, die, und das sagen die Statistiken, eine Reallohnsteigerung in den letzten Jahren hatten, die nicht unbedeutend ist. Mit den Eltern, mit denen wir es zu tun haben, die das nicht hatten, die kommen jetzt vielleicht in die Möglichkeit, durch die wirtschaftliche Jugendhilfe sich ein Stück weit das ausgleichen zu lassen. Dazu ist der Appell ausdrücklich hier gerichtet worden. Wir steigern auch nicht nennenswert oder eigentlich gar nicht den Kostendeckungsbeitrag der Eltern, sondern wir passen nur ein Stück weit ansatzweise das an. Wir wollen das jetzt auch nicht, um Prestigeprojekte zu bezahlen, sondern um wenigstens den Kostendeckungsbeitrag nicht noch tiefer in den Keller rauschen zu lassen angesichts der Kostenerhöhungen.

Wir werden vor der Aufgabe stehen, bei den Haushaltsberatungen uns zu entscheiden, ob wir für alle alles billig machen und dann noch für diejenigen, die es sich nicht leisten können, auch noch umsonst, oder ob wir uns nicht auf die fokussieren, die es aus eigener Kraft nicht schaffen. Denen müssen wir helfen bis zur Beitragsfreiheit, aber den anderen, die durchaus in der Lage sind, einen nennenswerten Beitrag zu leisten, und das können wir nicht anders machen, weil wir dafür die Mittel nicht haben, können wir nicht auch noch deutliche Vergünstigungen anbieten. Das betrifft jetzt nicht nur den Kita-Bereich, sondern viele andere Bereiche mehr, solange die Ausgabenseite über steigende Personal- und

Energiekosten und die Einnahmeseite so auseinanderfließen, wie wir das schon seit Jahren erleben. Das ist mir an der Stelle auch noch mal ganz, ganz wichtig.

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich würde Frau Döring noch einmal fragen wollen, können wir denn das gesamtstädtische Beitragsniveau unter 1 und die Ziffern 2 und 3 zusammenfassen? Denn die passen logisch zusammen. Dann brauchen wir nämlich nicht vier Abstimmungen. Also, ich rufe auf die Ziffer 1, gesamtstädtisches Beitragsniveau und Ziffer 2 und Ziffer 3 zusammen, und bitte um ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Ich rufe jetzt den zweiten Teil der Ziffer 1 auf, nämlich die Erhöhung der Beiträge für die städtischen Kindertagesstätten, und bitte hier um ihr Votum ab jetzt. – Das ist auch eine Mehrheit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
9. April 2025